

Fremde Federn: Carsten Herrmann-Pillath

## China will regierbar bleiben

Der Friedensnobelpreis für Liu Xiaobo kommt für viele demokratisch gesinnte Menschen zur richtigen Zeit. Doch er ist nicht ohne Kosten. Nur: Kann die chinesische Regierung anders reagieren, als mit aller Schärfe dagegen aufzutreten?

Besonders in Deutschland erinnert die Konstellation an Carl von Ossietzky. Er erhielt den Friedensnobelpreis für 1935 ein Jahr später und konnte ihn nicht entgegennehmen, da es die nationalsozialistische Regierung untersagt hatte. Mit diesem Vergleich suggerieren die Medien, dass China Nazi-Deutschland gleichgestellt wird – ein krasser Gesichtspunkt. Auch viele demokratisch gesinnte Chinesen finden die Parallele unangemessen. Sie teilen die Empfindung des „verlorenen Gesichts“, auch wenn sie die Anerkennung Liu Xiaobos unterstützen. Denn China blickt auf große Leistungen zurück, die eine politische Wertigkeit besitzen. Natürlich gibt es Zensur, natürlich werden bestimmte Formen politischer Aktivität kriminalisiert: Aber wer Chinesisch spricht und die Fülle des in China zugänglichen westlichen Gedankenguts sieht, wird kaum einen Unterschied zu westlichen Demokratien erkennen. Ein Blick in eine gutsortierte Buchhandlung in Peking oder Schanghai bestätigt: Die chinesische Gesellschaft steht nicht unter der Kontrolle einer totalitären Macht.

Die Regierbarkeit des Landes hat für die Politiker höchste Priorität: Das verbirgt sich hinter der Forderung nach einer „harmonischen Gesellschaft“. Die heutigen politischen und wirtschaftlichen Eliten haben das Trauma der Kulturrevolution erlebt, waren vielleicht selbst Rotgardisten und haben die Erfahrung der Landverschickung gemacht. Im bevölkerungsreichsten Land der Erde hat Regierbarkeit eine andere Dimension als in Europa: Norwegen hat weniger Einwohner als manche chinesische Großstadt. Doch Regierbarkeit ist ein zentrales Element des chinesischen wirtschaftlichen Erfolges. Vor 30 Jahren lebte noch gut die Hälfte der Menschen unter der Armutsgrenze, heute sind es noch etwa 36 Millionen. Die Armut bekämpfen, Infrastruktur bereitstellen, Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung, die Wirtschaftskraft für alle stärken – dies sind die wichtigsten Ziele der Regierung, deren Erreichung sie zentral koordiniert.

China hat ein lebendiges Gedächtnis, wie ausländischer Einfluss das Land destabilisiert hat, zwischen den Opiumkriegen und der Gründung der Volksrepublik. So ist die Führung hochsensibel, was Versuche des Westens angeht, die eigene Entwicklung zu beeinflussen. Einheit und Souveränität Chinas sind fundamentale Prinzipien der Staatsräson, ihnen wird alles untergeordnet. Liu Xiaobo

hat die Charta 08 unterzeichnet. Sie skizziert ein demokratisches China nach westlichem Muster und fordert, dass China eine Föderation werden solle. Letzteres stellt den chinesischen Einheitsstaat als Teil dieser Staatsräson in Frage – doch der ist nicht zwingend anti-demokratisch.

In China ist die Linie zwischen dem, was im Handeln möglich ist, und dem, was formal gesagt werden darf, nicht immer klar. So hat Liu Xiaobo zu Recht gefordert, dass Worte und Meinungsäußerungen an sich keine kriminellen Akte darstellen dürfen. Aber gleichzeitig verletzt dies ein kulturelles Grundverständnis chinesischer Staatlichkeit: Form kommt vor Inhalt. Formale Integrität des Staatswesens und der Politik selbst ist ein politischer Wert. Dann sind Worte aber nicht beliebig, selbst wenn das praktische Handeln in der Gesellschaft weitaus freier ist.

Die chinesische Führung hält in zweierlei Hinsicht an diesem Prinzip der Formalität fest. Es gilt für den öffentlichen Diskurs, der damit Grenzen hat, und für die Führung selbst. Die Meinungen über Demokratie und Menschenrechte sind auch innerhalb der KP divers. Aber sie dürfen nicht nach außen treten. Auch Premier Wen Jiabao wird zensiert, wenn er einen Zipfel dieses Pluralismus andeutet: Er forderte mehr Pressefreiheit, doch die chinesischen Medien be-

richteten dies nicht. Indem sich der damalige Premier Zhao Ziyang 1989 direkt an die Protestierenden auf dem Tiananmen-Platz wandte, ging die Tragödie mit einem Bruch der formalen Einheit in der KP-Führung einher. Hier nahm auch Liu Xiaobos persönliche Tragödie ihren Ausgangspunkt.

Natürlich muss der westliche Betrachter diese Regeln in der chinesischen Politik nicht teilen. Aber die Klugheit gebietet es, sie zu berücksichtigen. Mehr noch: Aufgeklärtes Handeln in der Globalisierung muss kulturelle und politische Differenzen produktiv aufgreifen und darf Standards nicht einseitig befolgen. Die Vergabe des Nobelpreises an Liu Xiaobo ließ der chinesischen Führung keine Handlungsalternativen. Insofern war es zwar eine moralisch richtige, aber keine kluge Entscheidung. Es bleibt zu hoffen, dass die chinesische Führung klug reagiert – in letzter Minute. Sie kann ihr Rechtsverständnis nicht zur Disposition stellen. Sie könnte aber zulassen, dass ein Familienmitglied, das nach chinesischem Verständnis kein Recht gebrochen hat, den Preis entgegennimmt. Die Stärke Chinas könnte in einem solchen Akt Ausdruck finden und das verlorene Gesicht wiederherstellen.

Der Autor ist Akademischer Direktor des an der Frankfurt School of Finance & Management ansässigen East-West Centre for Business Studies and Cultural Science.